

NIEDERSCHRIFT

über die 6. Sitzung des Rates

vom:	23.02.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	18.47 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
Stv Dittert, Katrin
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga - bis 18.25 Uhr
Stv Gelber, Gunther
Stv Gierlich, Michael
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Jacob, Martin
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Kleine, Sancho-Antonio
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Mues, Gunter
Stv Mues, Steffen
Stv Müller, Heinz

Stv Müller, Manfred
Stv Nauck, Gerda

Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Dr. Schultze, Reinhold
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Schütz, Marianne
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Steuber, Burkhard
Stv Strunk, Christine
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Tielsch, Ingrid
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil::

AM Bäumer, Gerhard
AM Bialowons-Sting, Eva
AM Denkert, Marianne
AM Nazarenus, Norbert
AM Wolf, Bruno

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Mengel
Städt. OVR Lehmann
Leiter der VHS Fels
Dipl.-Ing. Weidt
VA Schneider

StI Schöler
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Eberlein, Klaus-Peter

Stv Gerlach, Heinrich
Stv Stahl, Markus

Zur Tagesordnung:

Die Mitglieder des Rates sind mit der Erweiterung des öffentlichen Teil um die Punkte 3.2 bis 3.5 sowie 4.1 und 4.2 einverstanden.

Im nichtöffentlichen Teil wird Punkt 3 von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Punkt 9 des öffentlichen Teils - Stellungnahme der Stadt Siegen zum Weiterbau der Autobahn A 4 - abzu-setzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Dittert bestimmt.

6. Rat 23.02.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.01.2000

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

6. Rat 23.02.2000

3. Fragestunde

3.1 Einsturzgefahr im Bereich des verrohrten Gosenbachs

Anfrage des Stv Jacob vom 26.01.2000

Die Stellungnahme des Entsorgungsbetriebes hat allen Anwesenden schriftlich vorgelegen.

Die Zusatzfrage von Herrn Jacob, wie die Koordination der Arbeiten der Abteilung 8/2 und des Entsorgungsbetriebes zur Nutzung von Synergieeffekten sichergestellt werden soll, wird als Anlage zur Niederschrift beantwortet.

6. Rat 23.02.2000

3.2 Brand des Reifenlagers der Firma R.B.A.S. Entsorgung GmbH, Weidenau

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

6. Rat 23.02.2000

3.3 Veröffentlichung von Verwaltungsvorlagen und Haushaltsentwurf, Investitionspläne usw. im Internet

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 14.02.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

6. Rat 23.02.2000

3.4 Modernisierung Westfalenzimmer, Umbau zum Multimedienraum

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 14.02.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

6. Rat 23.02.2000

3.5 Einführung eines SchülerInnentickets

Anfrage der Stv Flohren vom 18.02.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

6. Rat 23.02.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Entschädigung von Zwangsarbeit in Siegen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.02.2000

Herr Groß führt aus, dass nach nunmehr 55 Jahren eine Entschädigung der ehem. Zwangsarbeiter in greifbare Nähe gerückt ist. Zur Debatte steht nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun auch die finanzielle Beteiligung der Kommunen und der Firmen an dem Entschädigungsfonds. Zwischenzeitlich hat der Städte- und Gemeindebund erklärt, dass sich die nordrhein-westfälischen Kommunen mit insgesamt 74 Mio. DM beteiligen werden. Dieses Zeichen begrüßt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich.

Darüber hinaus hat der Deutsche Industrie- und Handelstag eine Briefaktion an über 2000 Firmen angekündigt, um eine Beteiligung an dem Fonds zu bewirken. Diese Bemühungen sollte die Stadt Siegen für ihren Einzugsbereich mittragen und deutlich machen, dass eine angemessene Beteiligung der heimischen Unternehmen erwartet wird. Daher bittet er um Unterstützung des Antrages, wobei die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages angesichts der Aussage des Städte- und Gemeindebundes gegenstandslos geworden ist.

Herr Stötzel erklärt, dass in der Stadt Siegen, wie im gesamten ehemaligen Deutschen Reich während des Nazi-Regimes sowohl von Unternehmen, als auch von städtischen Einrichtungen Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Die Entschädigung dieser Personen ist eine moralische Verpflichtung, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die

Bundesregierung, bekennt und der sie durch die Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ nachkommen wird.

Die Stadt Siegen und die Siegener Unternehmen, die nachweislich Zwangsarbeiter beschäftigt haben, sind in die Gesamtverantwortung vor der Geschichte eingeschlossen.

Wie bereits angesprochen, wird sich auch die Industrie- und Handelskammer Siegen der Initiative des Deutschen Industrie- und Handelstages mit dem Appell an ihre 1.600 Mitgliedsbetriebe anschließen, einen Solidarbeitrag zugunsten der Stiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter zu erbringen.

Herr Mues schlägt vor, auf Basis der Erklärung des Bürgermeisters den Beschluss-vorschlag wie folgt zu ändern:

1. Der Rat der Stadt Siegen schließt sich den Stellungnahmen der Kommunalen Spitzenverbände, insbesondere des Deutschen Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen an.
2. Der Rat der Stadt Siegen schließt sich der Aufforderung des Deutschen Industrie- und Handelstages und der hiesigen Industrie- und Handelskammer an.

Herr Dr. Schultze gibt zu bedenken, dass bei mehreren in der Anlage zum Antrag aufgeführten Firmen nicht nachvollziehbar ist, aus welchem Grund diese mit der Beschäftigung von Zwangsarbeitern in Verbindung gebracht werden. Er erinnert daran, dass eine Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte z. B. in Haushalten und Lebensmittelbetrieben seinerzeit nicht ungewöhnlich war. Dieser Personenkreis kann aber seines Erachtens nicht unter die Definition des Begriffes „Zwangsarbeit“ fallen. Er hält es daher für erforderlich, die Begriffe und Sachverhalte sorgfältig zu trennen, ohne die geschichtliche Verantwortung für die unmenschliche Behandlung und das Leid der Zwangsarbeiter in Frage zu stellen. Er hält es für wichtig, dass diese Fragen z. B. in Form einer öffentlichen Veranstaltung aufgearbeitet werden. Die F.D.P.-Fraktion sieht darin eine Möglichkeit, Geschichte erlebbar zu machen und hält es für sinnvoller, dies finanziell zu unterstützen.

Herr Kirchhöfer macht deutlich, dass eine Detaildiskussion wenig hilfreich und der Fragestellung nicht angemessen ist. Wie von Herrn Mues vorgeschlagen, sollte sich der Rat den Stellungnahmen der Kommunalen Spitzenverbände anschließen und der Aufforderung des Deutschen Industrie- und Handelstages beitreten.

Herr Morgenschweis erklärt zu Protokoll, dass eine Diskussion über die Entschädigung von Zwangsarbeit in einem würdigen Rahmen geführt werden sollte und eine Beratung auf Grund eines Dringlichkeitsantrages der Bedeutung nicht gerecht wird. Er wirbt dafür, sich in Form einer anderen Veranstaltung mit dem Thema auseinander zu setzen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen schließt sich in der Frage der Entschädigung für Zwangsarbeit der Stellungnahme der Kommunalen Spitzenverbände, insbesondere des Deutschen Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen und der Aufforderung des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Industrie- und Handelskammer Siegen an.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung)

6. Rat 23.02.2000

4.2 Änderung der Naturdenkmalverordnung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.02.2000

Zunächst erläutert Frau Strunk umfassend Gegenstand, Hintergrund und Notwendigkeit des Antrages.

Herr Schiemer sieht keinen Anlass, heute in der Sache ein Votum abzugeben und hält es für sinnvoll, die Fachdebatte im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie zu führen.

Frau Strunk weist darauf hin, dass in verschiedenen Fällen bereits Bäume gefällt wurden und weitere Maßnahmen dieser Art bis zu einer Entscheidung verhindert werden müssen.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie überwiesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 4 Enthaltungen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

6. Rat 23.02.2000

5. Umgestaltung von Stadtplätzen;

Einwohnerantrag nach § 25 GO NW „Ohne Grün ist alles grau“

Anregung gem. § 24 GO NW von

- Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, LV NW eV
- Deutscher Frauenring eV. Ortsring Siegen
- Interessen-Gemeinschaft Löhstraße
- Interessen-Gemeinschaft Poststraße

Vorlagenr. 201/00 A - Vorlage vom 21.02.2000

dazu: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.02.2000

Herr Stötzel weist zunächst darauf hin, dass nach § 25 der Gemeindeordnung einem Vertreter/einer Vertreterin des Antrages die Gelegenheit gegeben werden sollte, den Antrag zu erläutern.

Herr Kirchhöfer wendet ein, dass ein Rederecht seines Erachtens nur bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrages eingeräumt werden kann, nicht aber bei der Entscheidung in der Sache.

Beschluss:

Einem Vertreter des Antrages wird die Gelegenheit gegeben, diesen zu erläutern.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (15 Stimmen dagegen)

Als Vertreter des Einwohnerantrages erläutert Herr Prof. Dr. Hoppe dessen Zielsetzung und äußert die Enttäuschung der Initiatoren über das Ergebnis der Ausschussberatungen, die ihres Erachtens dem Anliegen in keiner Weise Rechnung tragen.

Herr Schiemer führt aus, dass sich die Ausschüsse intensiv mit dem Antrag auseinandergesetzt haben und zu einem seines Erachtens guten Kompromiss gekommen sind. Das Angebot des BUND wurde ausdrücklich begrüßt. Die Beschlussempfehlung in diesem Punkt zeigt auch, dass das Thema „Begrünung“ mit der Entscheidung über den Einwohnerantrag nicht erledigt sein soll, sondern dass sich Rat und Ausschüsse auf der Grundlage dieser Studie weiter damit befassen werden.

Nach Meinung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Enttäuschung der Initiatoren angesichts des Ergebnisses verständlich, entgegnet Herr Boller. Es wurde zwar ausgiebig diskutiert, abschließend ist aber nur eine Vielzahl pauschaler Formulierungen und Prüfungsabsichten ohne konkrete Maßnahmen feststellbar. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann daher dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Kirchhöfer weist die negative Bewertung seines Vorredners zurück und stellt fest, dass in den eingehenden Beratungen auch die GRÜNEN ihre Vorstellungen eingebracht haben. In einem demokratischen Entscheidungsprozess hat die Mehrheit diese Überlegungen jedoch anders betrachtet.

Herr Dr. Schultze hält fest, dass bei der Gestaltung von Stadtplätzen nicht nur die Begrünung im Vordergrund stehen kann, sondern auch andere Aspekte betrachtet werden müssen. Mit der Diskussion und der Empfehlung, die BUND-Studie dem Rat und den Ausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen ist seines Erachtens ein Anstoß zu weiteren Überlegungen gegeben worden.

Es ist festzustellen, erwidert Herr Groß, dass die Plätze von der Bevölkerung nicht angenommen werden und der Einwohnerantrag den Wunsch nach einer Umgestaltung eindrucksvoll dokumentiert. Der Beschlussvorschlag enthält jedoch keine konkreten Maßnahmen und zeigt, dass sich im Grunde nichts verändern soll.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen bestätigt die Stellungnahme des Bürgermeisters zum Bürgerantrag nach § 25 GO NW und zu den Anregungen nach § 24 GO NW mit folgenden Ergänzungen:

1. Von einer Pflanzung von Bäumen entlang des Kornmarktes wird abgesehen. Lediglich für den vorhandenen Baum im Einmündungsbereich Markt/Kornmarkt wird an gleicher Stelle eine Ersatzpflanzung vorgenommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens Ende des Jahres einen Sach-standsbericht abzugeben, im dem dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen über die Ergebnisse der Einzelprüfungen und die Umsetzung der von ihr gemachten Detailvorschläge berichtet wird.
3. Die Vorschläge der BUND-Studie zur weiteren Gestaltung der Siegener Plätze sind dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen zur weiteren Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 5 Stimmen dagegen
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stv Morgenschweis)

6. Rat 23.02.2000

6. Vertreter des Ausländerbeirates der Stadt Siegen in Bezirks- und Fachausschüssen des Rates der Stadt Siegen

Vorlagenr. 279/00 - Vorlage vom 10.02.2000

Herr Kirchhöfer merkt an, dass die Empfehlung des Ältestenrates offensichtlich unter falschen Voraussetzungen erfolgte, da in den Unterlagen der Ausschuss Soziales, Familien- und Seniorenfragen nicht aufgeführt war. Da sich dieses Gremium aus Sicht des Ältestenrates eher mit ausländerrelevanten Fragen befasst, wurde der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung entsprechend ausgetauscht. Da diese Grundlage nunmehr entfallen ist, sollte dem Vorschlag des Ausländerbeirates in vollem Umfang Rechnung getragen und die Möglichkeit gegeben werden, auch ein beratendes Mitglied in den Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung zu entsenden. Dies erhebt er zum Antrag.

Herr Groß merkt an, dass sich der Ausländerbeirat als beratendes Gremium grundsätzlich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen kann. Nach der bisherigen Regelung waren Vertreter des Beirates daher auch in allen zulässigen Ausschüssen vertreten. Er kann nicht nachvollziehen, aus welchem Grund nun eine Beschränkung erfolgen soll. Er schlägt vor, die Entscheidung auszusetzen und abzuwarten, in welchen Gremien sich der neue Ausländerbeirat nach einer Einarbeitungszeit einbringen möchte. Er betont, dass das Instrument des beratenden sachkundigen Einwohners für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger die einzige Möglichkeit bietet, an kommunalen Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

Die CDU-Fraktion sieht keine Veranlassung, so Herr Mues, ein beratendes Mitglied des Ausländerbeirates in den Ausschuss für Personal, Organisation und Frauen-gleichstellung zu entsenden, da sich dieser überwiegend mit internen personellen und organisatorischen Fragen befasst.

Herr Walter schließt sich den Ausführungen an und spricht sich dafür aus, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen.

Frau Fries gibt zu bedenken, dass für beratende Mitglieder des Seniorenbeirates auch keine Beschränkung der Gremien vorgenommen wurde.

Herr Boller merkt an, dass Fragen der internen Organisation sehr wohl für den Ausländerbeirat von Interesse sind, wie die Diskussion im Beirat in den letzten Wochen gezeigt hat. Von weitaus größerer Bedeutung ist jedoch die Zuständigkeit des Ausschusses für Frauengleichstellungsfragen.

Herr Stötzel appelliert, die Diskussion nicht auf ein Gremium zu fixieren. Es ist seines Erachtens wichtiger, dass der Beirat sach- und fachorientiert arbeitet und dabei von Rat und Verwaltung unterstützt wird.

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Schiemer Schluss der Debatte.

Herr Siebel spricht dagegen, da seine Fraktion noch keine Möglichkeit zur Stellungnahme hatte.

Herr Schiemer ändert seinen Antrag in „Schluss der Rednerliste“.

Auf der Rednerliste stehen noch Herr Köhl, Herr Siebel und Frau Fries.

Beschluss:

Dem Antrag auf Schluss der Rednerliste wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (5 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung)

Herr Siebel teilt die Auffassung von Herrn Mues. Er wird sich aber einer Änderung der Regelung grundsätzlich nicht verschließen, wenn sich dies aus der Arbeit des Beirates ergibt. Im Übrigen sollte bei nächster Gelegenheit die Regelung für den Seniorenbeirat unter gleichen Gesichtspunkten überprüft werden.

Beschluss (über den Antrag der SPD-Fraktion):

Dem Ausländerbeirat wird die Möglichkeit eingeräumt, ein beratendes Mitglied in den Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung zu entsenden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (18 Stimmen dafür)

Beschluss (über den Verwaltungsvorschlag):

Der Rat der Stadt Siegen legt die nachfolgend aufgeführten Bezirks- und Fachaus-schüsse, in welche auf Vorschlag des Ausländerbeirates der Stadt Siegen sach-kundige Einwohner als Mitglied in beratender Funktion zu wählen sind, wie folgt fest:

1. Kulturausschuss
2. Ausschuss für Schul- und Bildungswesen
3. Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen
4. Sport- und Bäderausschuss
5. Bezirksausschüsse I, V und VI.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (18 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung)

6. Rat 23.02.2000

**7. Bildung und Besetzung von Beiräten und Arbeitskreisen;
hier: Beirat für Stadtgestaltung**

Vorlagenr. 280/00 - Vorlage vom 10.02.2000

Herr Groß gibt zu bedenken, dass die Arbeit des Beirates auf eine breitere Basis gestellt und nicht ausschließlich fachorientiert gestaltet werden sollte. Daher regt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, die Sitzungen öffentlich durchzuführen und das Gremium auch für andere Organisationen, wie z. B. Umweltverbände, zu öffnen. Er bittet, diese Überlegungen in den Fraktionen zu diskutieren.

Herr Schulte weist zunächst darauf hin, dass die der Vorlage beigefügte Geschäfts-ordnung nicht Gegenstand des Beschlusses sein sollte, da sie seines Erachtens überarbeitet werden muss. Bezug nehmend auf die Anregung von Herrn Groß gibt er zu bedenken, dass vielfach über Bauvorhaben beraten wird, die sich im Stadium der Bauvoranfrage oder des Bauantrages befinden und daher nicht öffentlich be-handelt werden können.

Herr Kirchhöfer schließt sich seinem Vorredner an und betrachtet den Vorschlag zur Ausweitung des Gremiums skeptisch. Er regt an, die Geschäftsordnung für den Beirat dahingehend zu ändern, dass von den Fraktionen auch sachkundige Mitglieder entsandt werden können.

Herr Stötzel hält fest, dass die Geschäftsordnung heute nicht zur Beratung ansteht.

Herr Siebel macht seine Bedenken gegen eine öffentliche Beratung geltend und weist darauf hin, dass in der Vergangenheit die Beratung von Bauvorhaben im Beirat bei den jeweiligen Architekten nicht immer positiv aufgenommen wurde. Er vermisst jedoch eine Unterstützung der politischen Gremien durch den Beirat.

Herr Dr. Schultze hält es für erforderlich, entgegen der bisherigen Praxis den Beirat künftig frühzeitig zu einzubinden und anschließend die Beratung in den politischen Gremien vorzunehmen.

Herr Reitz weist auf die Mustersatzung des Bundes Deutscher Architekten hin, die ein Vortragsrecht des Vorsitzenden im Bauausschuss vorsieht.

Herr Morgenschweis führt aus, dass dem Beirat keine Alibifunktion zukommen sollte. Bezug nehmend auf die Geschäftsordnung sieht er eine Benachteiligung seiner Person darin, dass nur die Fraktionen Vertreter in den Beirat entsenden können.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Bildung eines Beirates für Stadtgestaltung für die Wahlperiode 1999 bis 2004.
2. Der Beirat besteht aus 9 Personen, die wie folgt zu benennen sind:

a) Bund Deutscher Architekten - BDA -	3 Mitglieder
b) Vereinigung Freischaffender Architekten - VFA -	2 Mitglieder
c) Bund Deutscher Baumeister - BDB -	1 Mitglied
d) Universität - Gesamthochschule Siegen	2 Mitglieder
e) Garten- und Landschaftsarchitekten	1 Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig, 4 Enthaltungen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

6. Rat 23.02.2000

8. Haushaltsplanberatung durch den Ausländerbeirat der Stadt Siegen

Vorlagenr. 270/00 - Vorlage vom 10.02.2000

Mit Hinweis auf die Diskussion unter Punkt 6 verweist Herr Groß auf die Querschnittsaufgaben des Ausländerbeirates und hält es für angebracht, dass dieser auch über den gesamten Haushaltsentwurf berät.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dem Beschluss des Ausländerbeirates zur Haushaltsplanberatung aus seiner zweiten Sitzung vom 03.02.2000 in der gefassten Form nicht zu folgen und das bisher praktizierte Verfahren beizubehalten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür,
4 Stimmen dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

6. Rat 23.02.2000

**9. Weiterbau der Autobahn A 4 zwischen Krombach und Hattenbach
- Stellungnahme der Stadt Siegen -**

Vorlagenr. 231/00 - Vorlage vom 11.01.2000

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt eine Aussage in der Studie, so Herr Boller, dass der Weiterbau der A 4 aus ökologischen Gründen nicht vertretbar und der Nutzen in Frage zu stellen ist. Unberücksichtigt bleibt z. B. der Aspekt „Tourismus“ dessen Entwicklung der Bau einer Autobahn nicht zuträglich ist. Abschließend weist er auf den Antrag seiner Fraktion hin, vor einer Entscheidung des Rates die Beratung im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie sowie im Verkehrsausschuss nachzuholen.

Herr Mues entgegnet, dass sich die Argumentation der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausschließlich auf ökologische Aspekte stützt, die ökonomischen Gesichtspunkte aber unbeachtet bleiben und in keinsten Weise eine Kompromissbereitschaft erkennbar ist.

Bezug nehmend auf seine Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss hält Herr Kirchhöfer fest, dass ein Ausbau der B 54 bzw. B 508 nicht weniger problematisch ist, als der Weiterbau der A 4. Bei Abwägung aller Gesichtspunkte vertritt er die Auffassung, dass mit der A 4 der leistungsfähigsten Variante der Vorzug gegeben werden sollte. Der hohe ökologische Aspekt ist zu respektieren, kann aber im Interesse der Region in der Abwägung nicht der Hauptgesichtspunkt sein.

Die F.D.P.-Fraktion wird der Beschlussempfehlung zustimmen, so Herr Walter. Die Stadt Siegen ist zur Stellungnahme aufgefordert, zur politischen Diskussion im Kreistag haben die Kreistags- und Ratsfraktion der F.D.P. eine gemeinsame Position erarbeitet.

Herr Morgenschweis hält den Ausbau der regionalen Infrastruktur vordringlicher als den Weiterbau der A 4 als überregionale Verbindung. Seines Erachtens ist die Tendenz der Studie aber offenkundig.

Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen fordert, den Lückenschluss der A 4 auf ganzer Länge in die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes als "Vordringlicher Bedarf" aufzunehmen und unverzüglich mit formellen Verfahren nach dem Bundesfernstraßengesetz für den Korridor C zu beginnen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (10 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung)

6. Rat 23.02.2000

10. Technologiestandort Siegen-Geisweid, Birlenbacher Straße

Vorlagenr. 230/00 - Vorlage vom 18.01.2000

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Weiterentwicklung des Technologiestandortes Siegen-Geisweid, Birlenbacher Straße entsprechend der Vorlage und dem in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften vom 08.02.2000 vorgetragenen ergänzenden Bericht der Geschäftsführung der TZSI GmbH zu.
2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.02.2000 gemäß § 60 Abs. 1 GO NW:
 - I. Die Maßnahme "Errichtung des Kompetenzzentrums - Neue Produkte durch neue Werkstofftechnologien" soll umgesetzt werden.

Durch die Gesellschafter Kreis Siegen-Wittgenstein und Stadt Siegen wird sichergestellt, dass die Landeszuwendung nur für eine zweckentsprechende Verwendung in Anspruch genommen und bei Durchführung der Maßnahme die Finanzierung des Eigenanteils der TZSI GmbH gesichert ist.
 - II. Die Maßnahme "Erwerb, Umbau und Ausstattung des Weiterbildungszentrums *Villa Hügel*" erfolgt auf der Grundlage der Bewilligungsbescheide vom 28.12.1999.

Als dem Vertreter der Stadt Siegen in der Gesellschafterversammlung der TZSI GmbH wird dem Bürgermeister Ermächtigung erteilt, entsprechend zu votieren.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

6. Rat 23.02.2000

11. Haus der Jugend - Musikwerkstatt

Vorlagenr. 265/00 - Vorlage vom 01.02.2000

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält den Standort Bertramsplatz für die vorübergehende Unterbringung der Musikwerkstatt nach wie vor für die sachge-rechtere Lösung, so Frau Schütz. Dort sollte auch die Lösung für das Gesamtprojekt liegen. Dem Verwaltungsvorschlag wird ihre Fraktion dennoch zustimmen, da er die akzeptabelste Alternative darstellt.

Die SPD-Fraktion hat sich im Jugendhilfeausschuss eingehend mit der Problematik befasst und sich für einen lückenlosen Betrieb der Musikwerkstatt eingesetzt, so Herr Rujanski. Mit dem Standort Bertramsplatz hätte sich die beste Lösung angeboten. Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Alternative wird die SPD-Fraktion unter jugend- und finanzpolitischen Gesichtspunkten nicht zustimmen.

Frau Tielsch hält fest, dass sie dem Verwaltungsvorschlag zustimmen wird, um kei-nen Zeitverzug für den Betrieb der Musikwerkstatt zu riskieren. Inhaltlich schließt sie sich den Ausführungen ihrer Vorredner an. Unabhängig davon hält sie es für erforderlich, dringend den gesamten Komplex Jugendtreff, Musikwerkstatt und Kinderbüro in Zusammenarbeit mit der Universität zu klären.

Auf die Frage von Herrn Köhl erklärt Herr Dr. Rohr, dass die Verwaltung einen Vorschlag für den weiteren Betrieb des Hauses der Jugend vorlegen wird. In der Frage des Standortes hat sich die Auffassung der Verwaltung nicht geändert.

Herr Groß wirft in diesem Zusammenhang ein, dass eine Verlagerung des Hauses der Jugend an den Bertramsplatz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zwangsläufig mit der Schließung des Jugendtreffs Altenhof verbunden ist.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.02.2000:

Die Musikwerkstatt des Hauses der Jugend wird - bis zu Wiederherstellung des Hauses der Jugend an einem neuen Standort - vorübergehend in das Gebäude

"An der Unterführung 6" verlagert.

Die zur Herrichtung der Räumlichkeiten im Gebäude "An der Unterführung 6" erforderlichen Mittel in Höhe von 27.500,00 DM müssen im Änderungsdienst für das Haushaltsjahr noch bereitgestellt werden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (15 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen)

6. Rat 23.02.2000

12. Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule Siegen

Vorlagenr. 139/99 - Vorlage vom 11.11.1999

Herr Dr. Rohr erinnert daran, dass u. a. aufgrund des vom Haupt- und Finanzausschuss bemängelten steigenden Zuschussbedarfs für die VHS Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen wurden. Diesen Bemühungen stehen Einnahmeausfälle aufgrund des Siegener Ausweises entgegen. In den Ausschussberatungen wurde der Zielkonflikt zwischen den sozialen Aufgaben der VHS als Bildungsträger, dem Ziel des Siegener Ausweises, finanziell schlecht gestellten Personen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern und den finanziellen Auswirkungen deutlich. Daher wird die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses begrüßt, die Inanspruchnahme, Regelungen, Zielsetzungen und Auswirkungen des Siegener Ausweises in allen Verwaltungsbereichen zu untersuchen.

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen hatte in seiner Diskussion besonderen Wert darauf gelegt, so Herr Dr. Stötzel, dass eine Änderung der Entgeltordnung keine Verschlechterung für Kursteilnehmer im Bereich der Elementarbildung und Deutsch als Fremdsprache zur Folge hat. Um den sozialpolitischen Ansatz richtig beurteilen zu können wurde um Bereitstellung von Kosten- und Teilnehmerdaten gebeten. Da diese erst heute vorliegt, beantragt er, die Entscheidung auszusetzen und die Vorlage an den Fachausschuss zur Beratung zurückzugeben.

Die CDU-Fraktion vertritt die Auffassung, erläutert Herr Mues, die Änderung der Entgeltordnung probeweise für ein Jahr vorzunehmen und anschließend die möglichen Auswirkungen zu diskutieren. Darüber hinaus sollte der von Herrn Dr. Rohr angesprochene Bericht über den Siegener Ausweis erstellt werden.

Für Herrn Siebel ist der geschilderte Zielkonflikt nachvollziehbar. Daher sollte der Vorschlag von Herrn Dr. Stötzel aufgegriffen werden.

Herr Groß stellt heraus, dass Hintergrund der Einführung des Siegener Ausweises die übereinstimmende Auffassung war, das Angebot der VHS als wichtigem Träger der Volksbildung und der kulturellen Arbeit allen zugänglich zu machen. Diese Argumentation trifft nun um so mehr zu, da die allgemeinen Kurskosten angestiegen sind. Es ist jedoch wichtig, im Interesse einer Qualifizierung sozial Schwächerer für den Arbeitsmarkt das Angebot aufrecht zu erhalten. Daher beantragt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Vorlage nicht zuzustimmen und die Defizitab-deckung im Rahmen des Haushalts sicherzustellen.

Beschluss (über den Verweisungsantrag):

Die Vorlage wird zur erneuten Beratung an den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen überweisen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (21 Stimmen dafür, 0 Enthaltungen)

Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Die Entgeltordnung der VHS Siegen wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 1:

Inhaber/-innen des SIEGENER AUSWEISES erhalten auf alle Veranstaltungen gemäß § 3 Absatz 1 Ziffer 1 50% Ermäßigung.

Diese Regelung gilt ab dem 2. Semester 2000.

2. Die Änderung erfolgt probeweise für ein Jahr.

3. Die Verwaltung wird beauftragt,

➤ innerhalb von 6 Monaten über die Erfahrungen aller Verwaltungsbereiche mit dem Siegener Ausweis in den jeweils zuständigen Fachausschüssen zu berichten,

- bis Ende diesen Jahres auf Basis der Fachausschussdiskussionen einen zusammenfassenden Bericht über den Siegener Ausweis und ggfs. daraus folgende Änderungsnotwendigkeiten vorzulegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(Gegenstimmen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
2 Enthaltungen)

6. Rat 23.02.2000

13. I. 33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil
Siegen-Eisern
II. Bebauungsplan Nr. 265 „Stimmerweg“;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung

Vorlagenr. 49/99 - Vorlage vom 01.10.1999

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 1.1 die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Erläuterungsbericht laut Anlage 1 und 3 der Vorlage,
1.2 den Bebauungsplan Nr. 265 "Stimmerweg" gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung,
1.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 265 "Stimmerweg" laut Anlage 4 der Vorlage.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN)

6. Rat 23.02.2000

14. **Bebauungsplan Nr. 265 „Stimmerweg“ im Stadtteil Siegen-Eisern;
hier: Anordnung der Umlegung**

Vorlagenr. 63/99 - Vorlage vom 02.11.1999

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen ordnet für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 265 "Stimmerweg" gem. § 46 (1) BauGB in Verbindung mit § 45 BauGB die Umlegung an.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN)

6. Rat 23.02.2000